

Erscheint täglich außer Sonntagen.
Zugleich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis
beide Ausgaben 85 Pf. pro Woche, 3,60 M. pro Monat.
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 8

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einseitige Nonpareillezeile
80 Pf., Reklamezeile 6 M. Ermäßigungen nach Tarif.
Postcheckkonto: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.,
Berlin Nr. 37 536. Fernsprecher: Dönhofs 292 bis 297

Der Reichstag als Asyl

Hafenkreuzler und Kommunisten auf der Flucht vorm Staatsanwalt 280 Strafanträge gegen Abgeordnete

Am Mittwoch wird der Geschäftsordnungsausschuss des Reichstags zusammentreten, um die Vorschläge zur Änderung der Geschäftsordnung und die Anträge auf Einstellung von Strafverfahren gegen Abgeordnete zu beraten. Auf der gedruckten Tagesordnung für diese Sitzung finden wir 52 solcher Anträge. Es handelt sich aber um eine weit größere Zahl von Verfahren, denn zu den aus dem Hause vorliegenden Anträgen kommen noch die Gesuche von Behörden um Einstellung neuer Verfahren. Rechnet man die einzelnen auf den Druckseiten verzeichneten Anträge mit den von den Behörden eingereichten Gesuchen zusammen, so ergibt sich eine Gesamtzahl von 280 Strafverfahren, die auf Grund der Immunität aus der Welt geschafft werden sollen. Allein 273 davon entfallen auf Hafenkreuzler und Kommunisten.

Hier erzählt man, warum eine große Anzahl von nationalsozialistischen Schimpfbockden in den Reichstag gekommen ist: sie haben ihn auf der Flucht vor dem Staatsanwalt als Asyl benutzt!

Von der Gesamtzahl von 280 Strafverfahren, deren Einstellung der Reichstag beschließen soll, entfallen nicht weniger als 209 auf die nationalsozialistische Fraktion. Die kommunistische Fraktion ist mit 64 Anträgen bei diesem Massensturm auf die Immunität beteiligt. Auf alle übrigen Fraktionen des Reichstages kommen nur sieben Anträge. Sozialdemokraten 3, Deutschnationale 2, Bauernbund 1, Volksnationale 1. Es ergibt sich also schon aus dieser Aufzählung, daß die beiden Parteien, die in ihrer Agitation die Befreiung des Parlaments fordern, das Parlament nur dazu mißbrauchen wollen, um ihren Abgeordneten völlige Straffreiheit für ihre Handlungen zu schaffen. Diese Straffreiheit soll sich aber nicht nur auf die Zeit erstrecken, in der die Abgeordneten schon dem Reichstag angehört haben. Nationalsozialisten und Kommunisten verlangen für sich noch ein Sonderrecht insofern, als auch alle Verfahren eingestellt werden sollen, die schon eingeleitet worden sind, als an die Abgeordnetenimmunität der meisten Immunitätskriterien noch nicht gedacht worden ist.

Bei der kommunistischen Fraktion handelt es sich zum größten Teil um Beleidigungen durch die Presse und in Versammlungen. In einigen Fällen sollen auch schwerere Vergehen geahndet werden. Mehrere Abgeordnete werden des Landfriedensbruchs, der Aufforderung zum Steuerstreik oder des Ungehorsams gegen Anordnungen bezichtigt. Gegen die Abgeordneten Buchmann, Bohagen, Madakena, Meyer-Franken, Kädel, Kemmele und Schneller schweben Verfahren wegen Hochverrats. Die Führer der kommunistischen Partei wollen also den Vorzug für sich in Anspruch nehmen, von der Strafverfolgung in allen Fällen geschützt zu werden, während ihre Anhänger, die kein Abgeordnetenmandat besitzen, stets die Verantwortung für ihre Handlungen übernehmen müssen.

Womit schlimmer ist es mit der nationalsozialistischen Partei bestellt. Auch hier handelt es sich zum größten Teil um öffentliche Beleidigungen durch die Presse und in Versammlungen. In der Spitze steht der Abgeordnete Buch, gegen den 36 Verfahren anhängig sind. Neben den üblichen Beleidigungen hat er sich mehrerer Vergehen gegen das Republikshutzgesetz schuldig gemacht. An zweiter Stelle kommt Gregor Straker, der 27 mal wegen Beleidigung oder Vergehens gegen das Republikshutzgesetz angeklagt ist. Als dritter erscheint der ehemalige Pastor Münchmeyer, der im Reichstag den Titel „Hilfsschauer des Dritten Reiches“ erhalten hat. Dieser Gottesmann soll sich verantworten wegen Beleidigung, Vergehen gegen das Republikshutzgesetz und unbefugter Titelführung. Den Abg. Koch-Königsberg betreffen 23 Anträge. Gegen Goebbels, den Führer in Kleinformat, liegen „nur“ 16 Strafverfahren vor, zumeist wegen Beleidigung, einmal wegen Beschimpfung der Reichsflagge. 12 Strafverfahren schweben gegen den Abgeordneten Feder; in einem Falle wird um die Genehmigung zur Durchführung eines Verhaftungsbefehls ersucht.

Eine ganz besondere Nummer ist der nationalsozialistische Abgeordnete Berg. Gegen ihn schweben mehrere Verfahren wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutze der Republik, zweimal wird um die Genehmigung zur zwangsweisen Verhaftung gebeten. Trotz seines aus verschiedenen Quellen fließenden verhältnismäßig hohen Parteieinkommens verweigert er die Zahlung einer Geldstrafe, insofern er ersucht das zuständige Gericht um die Genehmigung zur Vollstreckung der dafür fälligen Freiheitsstrafe. Der dreun-

Versammlungsschlacht bei Hamburg

Zwei Tote, sechs Verletzte. — Sturm auf ein Versammlungslokal

Hamburg, 27. Januar.

Der Polizeibericht meldet: In Geesthacht sollte gestern abend in dem Lokal von Petersen eine nationalsozialistische Versammlung abgehalten werden. Es hatten sich etwa 200 Personen eingefunden. Gegen 20 Uhr erhielt die Bergedorfer Polizei eine Mitteilung, nach der etwa 100 Kommunisten nach Geesthacht im Anmarsch seien. Die verfügbaren Bergedorfer Polizeibeamten begaben sich sofort nach Geesthacht.

Es kam hier sehr bald zu einem schweren Zusammenstoß. Die inzwischen eingetroffenen Kommunisten versuchten, das Versammlungslokal zu stürmen. Die Polizeibeamten wurden mit Steinen und Knütteln angegriffen, auch von einem Lastkraftwagen

aus von Kommunisten beschossen. Ein Beamter erlitt einen Beulen-, ein zweiter Polizist einen Oberschenkelerschuß, ein dritter Polizeibeamter wurde durch Schläge erheblich verletzt.

Die Beamten erwiderten das Feuer. Hierbei wurden der in Hamburg wohnhaft gewesene 23jährige Bernhard Gold und der in Bramfeld wohnhaft gewesene 18jährige Alfons Benklien getötet. Die verletzten Polizeibeamten und drei Angreifer mußten in ein Krankenhaus geschafft werden.

Mit Hilfe der inzwischen aus Hamburg eingetroffenen Ordnungspolizisten wurde die Ruhe wiederhergestellt. Alsbald setzten die kriminalistischen Ermittlungen ein. Die Außenwände des Lokals weisen 32 Einschußstellen auf, 19 Personen, fast sämtlich in Altona wohnhaft, wurden festgenommen.

Gelöbnis



„Nur 521 Versammlungsförderungen weist uns die Polizeistatistik nach gegen 1823 kommunistische. Das muß anders werden!“

[Schweizerische Minister Franzen will die Weiterführung des Verfahrens wegen Begünstigung verhindern. Der thüringische Minister Fricke verlangt Immunität bei Beleidigung durch die Presse. Der Abgeordnete Krause (Ostpreußen) will sich der Verantwortung für eine von ihm begangene Körperverletzung entziehen. Der Abgeordnete Lenz beantragt Straffreiheit für sein Vergehen Widerstand gegen die Staatsgewalt. Die Abgeordneten Dr. Löpeltmann und Fabricius wünschen die Einstellung der gegen sie schwebenden Disziplinarverfahren. Der Abgeordnete von Ulrich erwartet Straffreiheit in einem beim Reichsgericht schwebenden Verfahren wegen Hochverrats.

So geht es in bunter Reihe durch alle von der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion gestellten Anträge auf Immunität. 35 Mitglieder dieser Fraktion, ein volles Drittel also, sind daran beteiligt. Und das erst am Anfang der Tagung des Reichstages vom 14. September! Es zeigt sich darin eine Verwilderung des politischen Kampfes, der der Reichstag durch Anerkennung der Immunität keinen Vorstoß leisten darf. Der Geschäftsordnungsausschuss des Reichstages und das Plenum werden dafür zu sorgen haben, daß dem Mißbrauch der Straffreiheit ein Ende gemacht wird. Der Reichstag kann nicht seine Zustimmung dazu geben, daß die Immunität von einem Teil der Abgeordneten zur straflosen Verleumdung, zur Umgehung der Strafgesehe und zur Verhöhnung der Justiz benutzt wird!

Lardieu Ackerbauminister.

Ministerpräsident Laval. — Lardieu-Kabinett wiederaufgeht.

Paris, 27. Januar. (Eigenbericht.)

Nach langwierigen nächtlichen Verhandlungen ist es Senator Laval gelungen, sein Kabinett am frühen Morgen unter Dach und Fach zu bringen. Die neue Regierung ist nach der Weigerung der Radikalen zur Mitarbeit nichts anderes geworden als eine Neuaufgabe des reaktionären Kabinetts Lardieu. Die Ministerliste umfaßt folgende Namen:

Ministerpräsident u.	Laval (Senator, unabhängig)
Innenminister	Berard (Senator, republikanische Union)
Justizminister	Briand (republikanischer Sozialist)
Außenminister	Magasin (demokratische Allianz)
Kriegsminister	Dumont (Senator, demokratische Linke)
Marineminister	Dumesnil (Widder, aus der radikalen Partei wegen Eintritt in das Kabinett Lardieu ausgestoßen)
Luftfahrtminister	Flandin (Linksrepublikaner)
Finanzminister	Biétri (Linksrepublikaner)
Budgetminister	Roustan (Senator, demokratische Linke)
Kultusminister	Deligne (radikale Linke)
Minister für öffentliche Arbeiten	Lardieu (demokratische Allianz)
Ackerbauminister	Kollin (Linksrepublikaner)
Handelsminister	Guernier (radikale Linke)
Postminister	Landry (radikale Linke)
Arbeitsminister	Reynaud (demokratische Allianz)
Kolonialminister	Blaizot (Marin-Gruppe)
Hygieneminister	
Minister für Handelsmarine	Dechappedelaine (radikale Linke)
Pensionsminister	Champetier de Ribes (Linksdemokrat)

Zußer den Ministern umfaßt das Kabinett noch elf Unterstaatssekretäre.

Die Personaländerungen, die Laval in der Ministermannschaft vorgenommen hat, beschränken sich auf ein Minimum und zwar nur soweit sie durch den Erfolg der im Duffre-Scandal kompromittierten Minister oder jener notwendig geworden sind, die es gewagt hatten in das Kabinett Steeg einzutreten.

Painlevé lehnte die Mitarbeit an der neuen Regierung ab mit der Begründung, daß sie nach der Abgabe der Radikalen zu weit nach rechts orientiert sei. Um ein Haar wäre Franklin-Bouillon als Kultusminister in das neue Kabinett eingezogen. Briand aber weigerte sich, sich mit diesem Ueberpatrioten an einem Tisch zu setzen.

Abgabe der Radikalen.

Paris, 27. Januar. (Eigenbericht.)

* Die Radikalen haben am Montagabend einstimmig beschlossen, dem Senator Laval jede Unterstützung zu verweigern. Kein Fraktionsmitglied darf unter Laval ein Amt annehmen.

Schneckenjustiz.

Wann es schnell und wann es langsam geht.

Als Herr Franzen eine, wie sich herausstellte, völlig unberechtigte einstweilige Verfügung gegen den Braunschweiger „Volksfreund“ erzwirkte, bedurfte er vom Antrag bis zum Erlaß einer Frist von drei Stunden. Der Regierungsrat Martin konnte das Verbot eines Bandes der Bülow'schen „Erinnerungen“, der ihn beleidigende Darstellungen enthielt, innerhalb eines Tages durchsetzen.

Gegen das Buch „Gejesselte Justiz“ hat, wie bereits berichtet, Genosse Kuttner wegen einer Anzahl beleidigender und verleumderischer Ausführungen den Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung gestellt. Der Antrag ging dem Gericht am Montag, dem 19. Januar, zu. Am Mittwoch, dem 21. Januar, ließ der Vorsitzende dem Rechtsbeistand Kuttners, dem Justizrat Werthauer, mitteilen, daß er aus prinzipiellen Gründen erst nach einer mündlichen Verhandlung entscheiden wolle. Bis Termin für diese mündliche Verhandlung auch nur anberaumt wurde, verging eine volle Woche. Am Montag, dem 26. Januar, ließ endlich der Vorsitzende mitteilen, daß er Termin auf Sonnabend, den 7. Februar, angesetzt habe. Die Kammer tagte nur am Sonnabend, und zum 31. Januar, dem Sonnabend vorher, sei Terminanberaumung leider nicht mehr möglich gewesen.

Mit anderen Worten: Von der Antragstellung bis zur Abhandlung eines Termins hat diese Kammer eine Frist von neunzehn Tagen vergehen lassen. Während dieser neunzehn Tage können die Belastigten ungehindert ihre Verleumdungen weiter verbreiten. Das Institut der einstweiligen Verfügung wird durch diese Art der Behandlung zur Farce. Es wäre interessant, einmal festzustellen, warum das, was in Braunschweig drei Stunden dauerte, hier in Berlin fast drei Wochen erforderte.

Wie uns Genosse Kuttner mitteilt, hat er gegen Moritz außer der Zivilklage auch Strafantrag gestellt.

Ein merkwürdiger Senatspräsident. Standal beim Oberverwaltungsgericht.

Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Genosse Heilmann hat im Preussischen Landtag die folgende Kleine Anfrage eingebracht:

„Durch den Haushalt von 1929 ist beim Oberverwaltungsgericht ein neuer neunster Senat — sämtlich f. m. Stellen — eingerichtet worden, um eine Beschleunigung der Rechtspflege in den Disziplinarsachen der Kommunalbeamten herbeizuführen. Der erste Disziplinarsenat, der früher allein die Disziplinarsachen hatte, war so überlastet, daß die Erledigung der Disziplinarprozesse eine im Interesse der Rechtspflege, der angeschuldigten Beamten und der beteiligten Kommunen unerwünscht lange Zeit in Anspruch nahm.“

Ich frage nunmehr das Staatsministerium:

1. Hat durch die Bildung des neuen Senats eine Beschleunigung der Rechtspflege in Disziplinarsachen stattgefunden?
2. Wie lange hat die Bearbeitung vom Tage des Eingangs bis zur Zustellung des Urteils an den Angeeschuldigten durchschnittlich gedauert?
3. Wieviel Sachen waren am 1. Januar 1931 vorhanden
 - a) überfällige,
 - b) deren Eingang mehr als sechs Monate zurücklag?
4. Inwieweit ist die Arbeit des Senats dadurch verzögert worden, daß der Vorsitzende die Sachen allzu lange hinter sich hatte?
5. Ist es zutreffend, daß eine Mehrheit der Senatsmitglieder oder der gesamte Senat dem Vorsitzenden Vorhaltungen darüber gemacht hat, daß durch ihn die Bearbeitung der Sachen verzögert wurde?
6. Hat der Vorsitzende des Senats einen zweimonatigen Urlaub infolge nervöser Erschöpfung nicht durch Dienstgeschäfte, sondern durch außerdienstliche Betätigung in Anspruch genommen?
7. Wenn die Verzögerung sich bestätigt, welche Abhilfemaßnahmen sind in Aussicht genommen?

Hier wird ein Standal beim Oberverwaltungsgericht sichtbar. Der Vorsitzende mit der nervösen Erschöpfung, der Vorwürfe seines Senats über seine Führung der Dienstgeschäfte hinnehmen muß, ist kein anderer als Herr Grünner, der sich eifrig bemüht, den Justizapparat in Bewegung zu setzen, so eifrig, daß er darüber vergißt, sich selbst zur Erledigung seiner eigenen Obliegenheiten in Bewegung zu setzen!

Ueberfall auf Krankenkasse.

Räuber fesseln Beamten. — 1200 Mark erbeutet.

Ein verwegener Raubüberfall wurde heute auf die Jahnhalle der Krankenkasse in Eichwalde, Bahnhofstraße 37, verübt. Gegen 1/8 Uhr, als in der Kasse nur ein Beamter anwesend war, drangen zwei Burchen, die ihre Mägen tief in das Gesicht gezogen und die Mantelknöpfe hochgeschlagen hatten, mit vorgehaltenen Pistolen ein.

Während einer der Burchen in jeder Hand drohend einen Revolver auf einen Angestellten gerichtet hielt, drückte der andere den Beamten auf einen Stuhl nieder und fesselte ihn mit einer starken Schnur Hände und Beine. Mit den Schlüsseln, die sie in der Tasche des Ueberfallenen fanden, öffnete die Verbrecher den Geldschrank und entwendeten etwa 1200 Mark.

Nachdem die Täter den Beamten in eine Ecke des Raumes gelegt hatten, schlüßelten sie. Der Ueberfallene konnte sich später bemerkbar machen. Von den Tätern war aber keine Spur mehr zu entdecken.

Das Antarkteeisbootschiff „Lucia“, auf dem sich 30 Mann der Besatzung des Ungewöhnlichen schifflich gemacht hatten, wird mit einer neuen Besatzung in Dienst gestellt werden. 22 Matrosen, die zu einer dreimonatigen Hofstrafe verurteilt wurden, sind in ein besonderes Gebäude nach Portsmouth gebracht worden. Die Strafe wird dadurch verschärft, daß die Mannschaften sich besonders scharfen körperlichen Übungen, wie Gewichthheben, unterwerfen müssen.

14,7 Millionen in der Tschchoslowakei. Die Bevölkerung der Tschchoslowakei betrug 14,7 Millionen gegen 13,6 Millionen im Jahre 1921. Es ergibt sich demnach eine Zunahme der Bevölkerungsziffer von 1,1 Millionen oder 8,20 Prozent.

Angriffe gegen Severing

Weil er republikfeindlichen Beamten auf die Finger sieht

Am Haushaltsausschuß des Reichstages kam es heute bei der fortgesetzten Beratung des Etats des Reichsverkehrsministeriums beim Kapitel Reichswasserschutz zu einer sehr erregten Debatte. Der Reichswasserschutz soll bekanntlich mit Wirkung zum 1. April aus Preußen und Sachsen übernommen werden. Es steht fest, daß nicht alle Beamten des Reichswasserschutzes übernommen werden können. In der Debatte über diese Frage kritisierte der Abg. Berndt einen Erlaß, den der preussische Innenminister Severing am 18. Dezember 1930 an die preussischen Polizeipräsidenten gerichtet hat.

In dem er um Prüfung ersucht, ob gegen eine Uebernahme der in einer Anlage aufgeführten Offiziere des Reichswasserschutzes insbesondere auch im Hinblick auf ihre Verfassungstreue Bedenken bestehen würden.

In dem Erlaß heißt es weiter: „Soweit hier über einzelne Persönlichkeiten Beanstandungen bekanntgeworden sind, sind sie in der anliegenden Nachweisung in Spalte Bemerkungen besonders aufgeführt worden. Ich bitte, diese Feststellungen besonders auf diesen Punkt auszudehnen.“

Dieser Erlaß, so erklärte Abg. Berndt, sei ein schwerer Eingriff in die Befugnisse des Reichsverkehrsministeriums, in die Reichszuständigkeit, sowie eine schwere Beleidigung der in Betracht kommenden Beamten. Er frage den Verkehrsminister, wie er sich zu diesem Vorgehen des preussischen Ministers stelle.

Abg. Morath (D. Sp.) bezeichnete diese Verfügung als bedenklich.

Abg. Vinder (Natj.) meint, man sei von Herrn Severing allerlei gemöhnt,

aber schließlich sei er eben ein Parteibuchbeamter, der nicht wisse, was seine Beamtenpflicht sei.

(Zurufe von den Soz.: Denen Sie an Thüringen und Braunschweig! — Der Redner wird vom Vorsitzenden gerügt.) Die gewiß nicht im Verdacht nationalsozialistischer Gesinnung stehende „Deutsche Allgemeine Zeitung“ habe diesen Erlaß mit Recht als eine Beleidigung und Beschimpfung der Beamten und eine Herabwürdigung des Begriffs der Verfassungstreue bezeichnet.

Abg. Gerete (Landvolk) hält es nicht für ungängig, die Uebernahme von Beamten aus politischen Gründen abzulehnen.

Reichsverkehrsminister v. Guérard

sagt, daß der Erlaß höchst befreundend auf ihn gewirkt habe. Da es sich um Offiziere handele, die bis zu diesem Augenblick noch ihm unterständen, habe er den Erlaß als einen Eingriff in seine und des Reiches Zuständigkeit empfunden und gegen ihn Einspruch erhoben.

Abg. Rohmann (Soz.)

erklärt die Aufregung über den Erlaß für reichlich deplaciert. Ob der übliche bürokratische Weg eingehalten worden sei oder nicht, darüber mögen sich die beiden Ministerien verständigen.

Politisch aber sei das Recht vollständig auf Seiten des preussischen Ministers des Innern, dem gegenwärtig die Aufgabe des Schutzes der Verfassung in außerordentlich schwieriger Zeit obliege.

Er habe nicht nur das Recht, sondern die selbstverständliche staatspolitische Pflicht, sich der Verfassungstreue und der republikanischen Zuverlässigkeit von Offizieren der Polizeiverwaltung zu vergewissern, die in seine Verwaltung übernommen werden sollen.

Am wenigsten berechtigt seien zur Kritik die Nationalsozialisten, deren Minister Frid sich nicht geäußert habe, ohne jede vorherige Information republikanische und sozialistische Beamte in großer Zahl einfach aus der Verwaltung hinauszuerufen.

Herr Franzen in Braunschweig sei noch weiter gegangen und habe Beamte abgebaut, die keine politischen Beamten seien, sondern Fach- und Berufsbeamte im wahrsten Sinne des Wortes. Namens seiner Freunde wolle er die Angriffe auf den um die Republik verdienten preussischen Innenminister mit aller Entschiedenheit zurückweisen.

In der weiteren Debatte erklärte der Reichsverkehrsminister v. Guérard auf eine Anfrage des Abg. Berndt, daß ihm etwas Ungünstiges hinsichtlich der Verfassungstreue über die Offiziere des Reichswasserschutzes bisher nicht vorgekommen sei.

Demgegenüber stellte der Abg. Torgler (Kamm.) fest, daß er wiederholt im Haushaltsausschuß auf die höchst zweifelhaften politische Einstellung der leitenden Offiziere des Reichswasserschutzes und

auf die merkwürdige Rolle hingewiesen habe, die einzelne dieser Herren z. B. beim Rapp-Putsch gespielt hätten.

Der Minister schränkt darauf seine Bemerkung dahin ein, daß ihm außer diesen kommunistischen Beschwerden, denen er nicht nachgegangen sei, keine Klagen über die politische Zuverlässigkeit der in Betracht kommenden Offiziere vorgekommen seien.

Abg. Reil (Soz.)

erklärt nunmehr, daß die Tatsache feststehe, daß solche Klagen erhoben worden seien. Es wäre erwünscht gewesen, wenn der Reichsverkehrsminister ihnen nachgegangen wäre. Der preussische Innenminister werde wohl seine Gründe gehabt haben, sich Informationen zu verschaffen.

Die Deutschnationalen hätten in der Zeit, in der sie an der Macht waren, vor allem in der Vorkriegszeit, ganz andere Mittel angewandt, um ihnen politisch unbenqueme Einflüsse von der Verwaltung fernzuhalten, was sich besonders gegen die Sozialdemokratie gerichtet habe. Ihre Entrüstung komme reichlich spät.

Der Reichsverkehrsminister erklärte schließlich, daß die Verhandlungen wegen der Uebernahme des Personals des Reichswasserschutzes und wegen der dabei entstandenen Differenzen noch nicht abgeschlossen seien.

Karbidampfer explodiert.

Elf Mann an der spanischen Küste getötet, vier schwerverletzt. Madrid, 27. Januar.

Ein mit Karbid beladener Küstendampfer, der von Barcelona nach Cartagena unterwegs war, ist, wie aus Alicante gemeldet wird, bei Calpe explodiert. Das Schiff war fast geworden und wurde von zwei anderen Schiffen an die Küste geschleppt, wo es während der Nacht entladen werden sollte. Plötzlich entzündete sich das Karbid an einer Laterne, so daß eine gewaltige Explosion erfolgte, die viele Meilen weit zu vernehmen war. Alle drei Fahrzeuge wurden zerstört. Von den Besatzungen wurden elf Mann getötet und vier schwer verletzt.

Von Nazis verschleppt.

19-jähriger SA-Mann seit fünf Tagen verschwunden.

Das spurlose Verschwinden des 19-jährigen SA-Mannes Rudi Kluge aus der Waldemarstr. 64 in Berlin SO. beschäftigt zur Zeit die Vermittlungszentrale des Berliner Polizeipräsidiums. Von der Politischen Polizei sind in dieser Affäre ebenfalls Ermittlungen angeleitet worden, über deren Ergebnis bis zur Stunde noch nichts bekannt ist.

Der Verschwundene gehörte dem Sturm 27 der NSDAP an. Obgleich die Eltern gegen die politische Betätigung ihres Kindes mit aller Macht ankämpften, reichte ihr Einfluß nicht aus, den jungen Mann den nationalsozialistischen Kreisen zu entziehen. Schließlich kam es sogar soweit, daß in der Wohnung des Stellmachers Kluge eine Horde SA-Leute erschien und sich nicht nur mit Drohungen gegen den Vater begnügte, sondern auch tätlich wurde. Am Donnerstag vergangener Woche wurde der Neunzehnjährige wieder gegen den Willen der Eltern von einer Gruppe SA-Leute abgeholt. Angeblich sollte Rudi Kluge an der Versammlung im Friedrichshain, die zum Schluß bekanntlich in eine Versammlungsschlacht ausartete, teilnehmen. Seit Donnerstagabend fehlt von dem jungen Mann jede Spur. Als am Freitag Frau K. einen Einkauf besorgen wollte, wurde sie in der Nähe ihrer Wohnung von einem Manne angesprochen. Nachdem sich der Betreffende vergewissert hatte, daß er Frau Kluge vor sich habe, erzählte er, daß „Rudi ein Unglück zustoßen sei, man sollte sich aber keine Sorgen machen, der Junge liege in einem Geheimlazarett der Nazis“. Als die aufs äußerste erschrockene Mutter Näheres über den Aufenthalt ihres Kindes wissen wollte, zuckte der Mann die Achseln und mit den Worten: „Das darf ich Ihnen nicht sagen“ ging er davon. Die besorgte Mutter machte sich nun auf die Suche nach ihrem Sohn. Im Hauptquartier der Hafenkreuzler in der Hohemannstraße wurde sie von jungen Burchen auf ihre Vorhaltungen, wo ihr Kind sei, mit der Bemerkung abgefertigt, daß man es nicht wisse und dem jungen Mann ja niemand gehelien habe, nach dem Seebau im Friedrichshain zu gehen. Die unglückliche Frau wandte sich nun in ihrer Angst an den Vize des Nazi-Verkehrstotals in der Wiener Straße. Es wurde ihr gesagt, sie solle machen, daß sie hinauskomme, man hätte hier kein Geheimlazarett.

Endlich sagte der Vater den Entschluß, den Vorfall der Polizei zu übergeben. Er machte seine Angaben auf dem

107. Reier in der Waldemarstraße und hat im Laufe des heutigen Tages bei der Vermittlungszentrale des Polizeipräsidiums ergänzende Angaben über die Kleidung des Verschwindenen gemacht. Die Suche soll jetzt über das ganze Reich ausgedehnt werden.

Der Deutsche Offiziers-Bund blamiert. Müde rechnet ab.

Kapitänleutnant von Müde sprach am Montagabend vor 2000 Zuhörern in Kofstad. Er wandte sich gegen die Behauptung, daß die Revolution von 1918 Deutschland den Todesstoß versetzt habe. Wenn diese Behauptung der sogenannten patriotischen Kreise stimme, müsse er immer wieder die Frage erheben, warum diese Kreise dann nicht die Revolution zu verhindern gesucht, sondern hinter dem Ofen gesessen hätten. Zu diesen Ofenfiguren, so meinte Müde, gehörte auch der Deutsche Offiziers-Bund, der angeblich gegen eine Strafanzüge bei der Staatsanwaltschaft erstattet hätte. Durch Rückfrage habe er jedoch festgestellt können, daß eine solche Anzeige überhaupt nicht erstattet sei, daß man aber durch eine in allen Zeitungen veröffentlichte Anführung einer Strafverfolgung den Anschein habe erwecken wollen, daß von Müde tatsächlich sich ehrenrührige Sachen habe zuzugewenden kommen lassen. Der Deutsche Offiziers-Bund habe weder mit „Deutsch“ noch mit „Offizier“ etwas zu tun. Der Deutsche Offiziers-Bund wisse auch, warum er nicht klage: denn er habe ein schlechtes Gewissen.

Der Krach in der Wirtschaftspartei. Mecklenburg gegen Dremwig.

Der Wahlkreis Mecklenburg-Vöbel der Wirtschaftspartei hat sich ebenfalls gegen den Vorsitzenden dieser Organisation, Dremwig, erklart. Dremwig wurde aufgefordert, die Geschäfte als Vorsitzender so lange niederzuliegen, bis sein Konflikt mit Colosser geklärt sei.

Ein Revolverattentat in Zürich. Der italienische Generalkonsul schwer verletzt.

Zürich, 27. Januar.

Heute vormittag wurde auf den italienischen Generalkonsul in Zürich ein Revolverattentat verübt. Der Generalkonsul, der an der Brust schwer verletzt wurde, wurde in bedenklichem Zustand ins Krankenhaus gebracht. Der Täter, über dessen Personalleistungen noch nichts bekannt ist, konnte sofort verhaftet werden.

Bei der Abstimmung im Sejm am Dienstagmorgen um 4 1/2 Uhr wurde der nationaldemokratische Antrag mit 232 Stimmen des Regierungsblochs gegen 150 Stimmen der Opposition abgelehnt. Ehemalige Brester Gefangene machten hierauf einige Zwischenrufe, worauf sie vom Parlshall ausgeschlossen wurden. Die Sozialisten verließen zum Schluß des Protestes den Saal.

Wegen Nationalopportunisten abgelöst wurden der Präsident der weißrussischen Akademie der Wissenschaften, Ignatowski, und der Leiter der Realistischen Verlagsanstalt und Vorsitzender der Kunstabteilung des Volkstheaters, Schilnowitsch. In Deutschland läßt Moskau seine Leute den Hitzern nationalsozialistische Konturen machen.

